



# HESSISCHER LANDTAG

10. 09. 2024

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag**

### **Fraktion der AfD**

#### **Autofeindliche Politik beenden und VW-Baunatal stärken**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag erkennt die Automobilindustrie als eine der tragenden Säulen der hessischen Wirtschaft an, die mit über 17 Milliarden Euro Umsatz und 51.000 Beschäftigten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand des Landes leistet.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Folgen der Energiepolitik der Bundesregierung, nämlich die höchsten Energiekosten in der Eurozone, einen Standortnachteil auch für die hessische Wirtschaft darstellen.
3. Der Landtag stellt fest, dass das EU-weite Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035 die Innovationskraft und Zukunft der Automobilindustrie in Deutschland unmittelbar gefährdet. Das Volkswagenwerk in Baunatal, als größtes Komponentenwerk von VW, ist ebenfalls von diesen Entwicklungen betroffen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die aktuelle Klimapolitik der Bundesregierung und der EU-Administration einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht hat, der auch Hessen betrifft. Dieser Schaden macht nicht vor dem Volkswagen Konzern halt und wird zwangsläufig weitere Unternehmen in Hessen gefährden.
5. Der Landtag stellt fest, dass es einen kausalen Zusammenhang gibt zwischen einer autofeindlichen Politik, die das Autofahren immer teurer, immer unattraktiver und immer schwieriger macht und den negativen Folgen für den Automobilstandort Hessen. Das Auto steht als Sinnbild für Freiheit und Mobilität und verkörpert eine emotionale Verbindung, die durch solche politischen Maßnahmen gefährdet wird.
6. Der Landtag stellt fest, dass Deutschland beim Automobilbau und insbesondere bei der Entwicklung und Konstruktion von Verbrennungsmotoren weltweit eine Technologieführerschaft innehatte, die durch die einseitige, politische Förderung der E-Autos konterkariert wurde, was zur Abwanderung von Entwicklungs-Know-how und Arbeitsplätzen nach China und Osteuropa führte.
7. Der Landtag stellt fest, dass aufgrund der höheren Komplexität von Verbrennungsmotoren die Entwicklung und Produktion sowohl bei den Autoherstellern als auch bei den Zulieferern mehr Personal benötigt und damit einen positiven Aspekt der Beschäftigungspolitik darstellt. Auch das VW-Werk in Baunatal produziert viele Komponenten für Verbrennungsmotoren.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Ineffizienz der VW-Werke gerade in Deutschland seit Jahren von Wirtschaftsexperten und Analysten großer Banken kritisiert wird. Das Management von VW hatte und hat offensichtlich nicht den Handlungsspielraum, notwendige, operative Defizite zum Beispiel im Rahmen von Rentabilitätsprogrammen zu korrigieren. So erwirtschaftete ein VW-Mitarbeiter 2023 durchschnittlich nur 36.000 Euro Gewinn, ein Toyota Mitarbeiter hingegen 80.000 Euro und ein Hyundai Mitarbeiter sogar 85.000 Euro. Diese Ineffizienz kann von VW auf Dauer nicht ignoriert werden, weil sonst das Kapital für Investitionen in die Entwicklung neuer Modelle fehlt.

9. Der Landtag bedauert, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb behindern. Deshalb ist eine bundesweite Debatte zur Reduzierung staatlicher Unternehmensbeteiligungen notwendig, um Unternehmen wie VW mehr marktwirtschaftlichen Freiraum zu geben. Ziel muss es sein, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so zu ändern, dass deutsche Unternehmen wieder erfolgreich agieren können und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Der Landtag stellt fest, dass eine Wende zur Realpolitik in der Wirtschaftspolitik unabdingbar ist, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

**Begründung:**

Die Automobil- und Zuliefererindustrie ist ein zentraler Bestandteil der hessischen Wirtschaft und bietet vielen Menschen Arbeit und Perspektiven. Das VW-Werk in Baunatal spielt eine strategische Rolle für die wirtschaftliche Stabilität Nordhessens. Ein massiver Stellenabbau im VW-Werk Baunatal würde langfristige negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität und den Wohlstand in Hessen haben.

Wiesbaden, 10. September 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**